A1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Arbeitsprogramm Jusos Sachsen 2024-2026**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Antragstext

Gegen die Ohnmacht - Wir Jusos in Sachsen

Die Jusos in der SPD Sachsen sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Verband. Wir engagieren uns in Sachsen und darüber hinaus im Sinne dieser Grundwerte.

Wir wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern und nehmen diese nicht als gegeben an. Dazu müssen wir uns die grundsätzlichen Fragen stellen und beantworten.

Die Herausforderungen in den letzten Jahren haben direkten Einfluss auf unser Leben, Denken und Handeln im Privaten, im Verband oder in der SPD. Es fällt schwer, in diesen Zeiten nicht die Hoffnung auf eine bessere Welt zu verlieren und gegen die Ohnmacht anzukämpfen. Das Gefühl, unsere Vision vom gesellschaftlichen Fortschritt hin zu einem freien, gerechten und solidarischen Zusammenleben durch omnipräsente Krisen nicht erreichen zu können, ist lähmend.

Der Krieg in der Ukraine macht uns fassungslos und betroffen. Frieden und demokratische Strukturen haben wir in Deutschland und in Europa zu lange als selbstverständlich empfunden. Mit einem Krieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, der unsere Friedensordnung in Europa in Frage stellt, denken sich gerade viele junge Menschen: Wie konnte es dazu kommen?

Für uns ist klar: Wir lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab und verurteilen den von Putin als Aggressor vom Zaun gebrochenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Aber wir sind nicht naiv: Demokratie muss mit den notwendigen Mitteln verteidigt werden!

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Menschen, die für Demokratie und ihre Werte einstehen. In der Ukraine und auf der ganzen Welt.

Wir blicken mit Sorge auf den eskalierenden Konflikt im Nahen Osten. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Israel. **Unser Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ist klar und deutlich.** Wir tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz von Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt. Wir blicken aber auch kritisch auf das Leid der Menschen in Gaza und verurteilen die Art der Kriegsführung durch die rechte Regierung unter Benjamin Netanjahu. Gleichzeitig verantworten die Terroristen der Hamas und ihre Unterstützer:innen im Nahen Osten in großen Teilen das Leid der Zivilgesellschaft in Gaza und müssen konsequent bekämpft werden.

Zum Gefühl der Ohnmacht trägt neben der weltpolitischen Lage auch das gesellschaftliche Klima hier in Deutschland und insbesondere bei uns in Sachsen bei. Die soziale Ungleichheit wird immer größer und die gesellschaftliche Spaltung ist überall spürbar. Rechte Netzwerke werden immer stärker und der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus, die AfD, hangelt sich von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und hetzt die Bevölkerung gegen alle und alles auf, was nicht in ihr menschenfeindliches Weltbild passt. Dabei nehmen sie ganz selbstbewusst Räume mitten in der Gesellschaft ein und verschieben den politischen Diskurs immer weiter nach rechts. Nicht nur auf Demos, sondern auch in den Parlamenten und vor allem in den Sozialen Netzwerken verbreiten sie ihre Verschwörungsideologien, ihr hasserfülltes und die Demokratie ablehnendes Gedankengut.

Wir lassen uns von diesen Entwicklungen nicht entmutigen. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns als Jusos Sachsen nicht mit dem offenen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und der sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft abfinden.

Nicht auf der Welt, nicht in Europa, nicht in Deutschland, aber erst Recht nicht in Sachsen. Wir setzen der Ohnmacht unsere starke, linke und klare Haltung entgegen.

Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus

Wir Jusos sind dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und jeder Form der Diskriminierung verpflichtet.

Gerade hier in Sachsen, in einem Land, in dem rechtsextreme Demonstrationen, Festivals und Gewaltakte zur Tagesordnung gehören, ist es unsere Aufgabe, als selbstständiger politischer Verband, aber auch als Teil von linken Bündnissen, allerorts für eine starke und widerstandsfähige Demokratie sowie für eine inklusive Gesellschaft einzustehen.

Für uns bedeutet das konkret:

- Wir unterstützen antifaschistische Strukturen in allen Teilen Sachsens und arbeiten aktiv in linken und progressiven Bündnissen mit.

- Wir nehmen an Protesten gegen Nazis teil und unterstützen in besonderem Maße in Regionen, wo antifaschistische Arbeit auf wenige Schultern verteilt ist.

Bildungsarbeit als Mittel des Kampfes gegen faschistisches, rechtsextremes und diskriminierendes Gedankengut betrachten wir als elementar.

- Wir wollen im Verband Workshops zu antifaschistischem Selbstschutz durchführen.

- Wir organisieren Demo-Trainings für alle Genoss:innen, bei denen neben dem eigentlichen Demo-Geschehen auch rechtliche Grundlagen thematisiert werden.

- Im Rahmen von Verbandswochenenden und Abendveranstaltungen werden wir Vorträge und interaktive Workshops zu den Themen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus, sowie der Bedeutung von erinnerungskultureller Arbeit anbieten.

- Hierzu werden wir mit verschiedenen Initiativen, Vereinen und Bildungsträgern zusammenarbeiten.

- Gedenkstättenfahrten und die aktive Teilnahme an Gedenkveranstaltungen komplettieren das Bildungsangebot.

Feminismus und FINTA-Vernetzung

Als feministischer Richtungsverband dulden wir die bestehende Ungleichheit von FINTA und Männern nicht weiter. Diese wird nicht nur am Arbeitsplatz, im konservativen Familienkonstrukt und in der Politik sichtbar. Feminismus bedeutet für uns, ebenso wie der Kampf gegen Kapitalismus, immer die befreite Gesellschaft. Wir verstehen uns insbesondere innerhalb der SPD als sozialistisch-feministisches Korrektiv und machen unsere Forderungen gesamtgesellschaftlich sowie parteiintern laut. Jedoch auch was den eigenen Verband anbelangt, haben wir noch viele Strukturen zu durchbrechen und inhaltliche Debatten zu führen.

Für uns bedeutet das auf Verbandsebene konkret:

- Wir wollen Frauen und INTA-Personen in unserem Verband empowern. Dafür schaffen wir Räume der Vernetzung, des Austausches von Best-Practice-Beispielen und der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit.

- Weiterhin werden wir die Zusammenarbeit mit Frauen und INTA-Personen in den anderen Teilen der ostdeutschen Juso-Verbände intensivieren.

- Wir arbeiten verstärkt daran, dass feministische Perspektiven bei all unseren Veranstaltungen mitgedacht und thematisiert werden. Dies kann beispielsweise mithilfe einer feministischen Viertelstunde umgesetzt werden.

- Bei Verbandswochenenden achten wir auf ein möglichst ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei Referent:innen. Wir wollen vor allem die Frauen und INTA-Personen in unserem Verband ermutigen, an unseren Veranstaltungen teilzunehmen.

- Die kritische Reflexion von toxisch-männlichen Verhaltensweisen innerhalb unseres Verbandes wollen wir vorantreiben. Hierzu werden wir entsprechende Veranstaltungen organisieren.

- Außerdem wollen wir mit einer Feminismus-Kampagne explizit Frauen und INTA-Personen innerhalb und außerhalb des Verbandes ansprechen.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

Wir stellen uns entschlossen den Leugner:innen der menschengemachten Klimakrise entgegen. Wir sehen schon heute die Folgen, welche die globale Erderwärmung hat. Wir geben uns nicht mit ihrer Benennung zufrieden und bleiben untätig, sondern

entwickeln politische Antworten, um der Herausforderung in Sachsen und darüber hinaus zu begegnen. Dabei nehmen wir vor allem die SPD in Regierungsverantwortung in die Pflicht und machen klar, dass die Frage des Klimas immer auch eine soziale Frage ist.

Es sind immer die Ärmsten, die am meisten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Wir lassen sie nicht allein. Deshalb muss das Ziel unserer politischen Forderungen stets eine Abschaffung des kapitalistischen Systems sein und nicht die Veränderung des individuellen Konsums oder von Verhaltensweisen.

Wir werden:

- weitere Bildungsangebote und Diskursräume zum Thema Klimagerechtigkeit schaffen und uns mit konkreten politischen Zielen auseinandersetzen und uns für Forderungen zum Klimaschutz in Sachsen innerhalb der SPD stark machen.

- die aktive Zusammenarbeit mit Umwelt- und Klimaschutzverbänden stärken.

- Veranstaltungen und Bildungsangebote zum Thema Klimagerechtigkeit organisieren.

Jusos in der Zivilgesellschaft

Die Arbeit in Bündnissen sehen wir Jusos als Teil unserer Doppelstrategie an. Wir setzen nicht nur auf eine inhaltliche Veränderung der SPD, sondern sehen uns auch als Teil einer aktiven und linken Zivilgesellschaft. Gerade in Sachsen ist diese Vernetzung umso wichtiger, denn viele Projekte und Initiativen werden von konservativer und rechter Seite immer wieder in ihrem Fortbestand bedroht und ihre Arbeit erschwert.

Dafür nehmen wir uns vor:

- Wir tragen Forderungen und Positionen von linken Initiativen, Bündnissen und Verbänden, in denen sich junge Menschen mit linken und progressiven Einstellungen organisieren, gezielt in die SPD hinein.

- Dafür intensivieren wir unsere Bündnisarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden des DGB, SJ - Die Falken, Fridays for Future und anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, die unsere Werte vertreten.

- Wir ermutigen unsere eigenen Mitglieder durch Informationen und einen How-To-Bündnis-Workshop zu einem Engagement im Kontext unserer Bündnisarbeit.

- Wir wollen unsere internationale Vernetzung mit anderen (jung)sozialistischen Organisationen weiter ausbauen. Im nächsten Jahr streben wir dafür einen Austausch mit unserer Schwesterorganisation in Tschechien, der MSD, an.

Zukunftsperspektive für den ländlichen Raum

Die Jusos Sachsen sind mehr als die drei großen Städte. Wir erkennen die Herausforderungen der Verbandsarbeit von ländlichen Unterbezirken an, die oftmals mit schwachen Strukturen (Räume, Fahrtwege, Material und finanziellen Ressourcen), fehlenden und wegziehenden Mitgliedern zu kämpfen haben. Wir respektieren die Selbstständigkeit und das große Engagement der Genoss:innen vor Ort und möchten diese unterstützen. Wir wollen auf Augenhöhe nach Lösungen für die Probleme im Land suchen. Denn gerade dort erreichen wir junge Menschen, für die wir Politik machen wollen, noch zu selten. Neben unseren verbandsinternen Herausforderungen müssen wir den ländlichen Raum insgesamt stärker in den Blick nehmen.

Wie sieht eine Zukunftsperspektive für ländliche Regionen in Sachsen aus? Wie kann eine gute Daseinsvorsorge, gesellschaftliches Engagement und eine nachhaltige Wirtschaft geschaffen und unterstützt werden?

Darauf müssen wir als Jusos Antworten geben können und dabei die Perspektive von jungen Menschen, die in Dörfern und Mittelzentren leben, vertreten.

Folgenden haben wir dafür vor:

- Wir unterstützen als Landesvorstand aktiv bei der Organisation und Durchführung von Mitgliederversammlungen, Konferenzen und Treffen.

- Wir organisieren eine Tour durch alle ländlichen Unterbezirke, um Probleme bzw. deren Lösungen zu diskutieren.

- Wir entwickeln Dokumente und Hilfestellungen, um die ehrenamtliche Arbeit zu entlasten, z. B. einen Veranstaltungsleitfaden oder eine Liste von Ansprechpartner:innen im Landkreis, bei den Jusos oder in der Partei.

- Wir unterstützen bei dem Aufbau funktionierender Strukturen und helfen,

die Zusammenarbeit auch mit ländlichen SPD-Kreisverbänden und Ortsvereinen zu verbessern.

- Wir werden uns auch inhaltlich mit den Herausforderungen im ländlichen Raum beschäftigen und als Ergebnis ein Positionspapier entwickeln, wie die Zukunft von jungen Menschen in den sächsischen Dörfern und Kleinstädten gewährleistet wird.

- Wir unterstützen als Jusos aktiv Wahlkämpfe im ländlichen Raum und geben uns mit einer rechten und konservativen Hegemonie auf dem Land nicht zufrieden.

- Wir nutzen die Landesebene mit Veranstaltungen, Projekt- und Arbeitsgruppen so, dass eine sinnvolle Anlaufstelle zur Mitarbeit für Mitglieder in strukturschwachen Regionen gegeben ist.

- Während der Corona-Pandemie haben wir viele Erfahrungen mit digitalen Werkzeugen gemacht, die wir nutzen, um geografische Hürden zu überwinden und alle Mitglieder einzubinden.

Unterstützung der Studierenden in Sachsen

Die Jusos Sachsen setzen sich verstärkt für die Belange der Studierenden ein:

- Angesichts der überdurchschnittlichen Mietpreissteigerungen (40 % über dem Bundesdurchschnitt), der Vereinsamung vieler Studierender nach der Pandemie, der steigenden Belastung durch das Studium und der Probleme bei der Studienfinanzierung fordern wir Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage und zur Unterstützung der psychischen Gesundheit.

- Wir begleiten kritisch die Veränderungen in der Hochschullandschaft, die durch Wettbewerbsdruck, prekäre Beschäftigung und mangelnde soziale Öffnung geprägt sind, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

- Darüber hinaus setzen wir uns für die ausreichende Ausfinanzierung der Hochschulen ein, um die sächsische Bildungs- und Forschungslandschaft langfristig abzusicher

Auszubildende aktiv unterstützen

Ausbildungen gehören zu unserer Gesellschaft. Deswegen kämpfen wir nicht nur für

Studierende, sondern genauso für Auszubildende! Wir werden uns dafür einsetzen, Azubis in unserem Verband zu fördern und für politische Themen zu begeistern, denn die Jusos Sachsen sind kein reiner Studierendenverband! Deshalb legen wir Wert darauf, alle unsere Mitglieder bestmöglich in die Arbeit einzubinden.

Dafür werden wir:

- uns mit Vertreter*innen der weiterbildenden Schulen, JAV und Gewerkschaften darüber austauschen wie aktiv geholfen werden kann. Unter anderem werden wir dafür einen Gewerkschaftskongress organisieren.

- Azubis besser einbinden und weiter aktiv mit der Juso-Schüler:innen- und -Auszubildenden-Gruppe (JSAG) zusammenarbeiten.

Strategiekongress

Wir Jusos Sachsen werden einen Strategiekongress durchführen, der sich intensiv mit der zukünftigen Ausrichtung und Wirkung des Verbandes in der SPD und in der Gesellschaft beschäftigt. Im Fokus dieses Kongresses soll die Diskussion über Strategien zur stärkeren Verankerung demokratisch-sozialistischer Politik in den lokalen Gemeinschaften stehen.
Dabei wollen wir:

- explizit Konzepte wie Sozialberatungen, Stadtteilfeste, Essensverteilungen, Haustürwahlkampf und weitere Ansätze betrachten, um unsere Präsenz vor Ort zu stärken und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts zu entwickeln. Ebenso werden wir die stärkere Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor Ort diskutieren, die der rechten Hegemonie entgegentreten.

- effektive Wege finden, wie wir als Jusos nachhaltig in die Gesellschaft wirken und aktiv zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen können.

Wir begrüßen, dass einzelne Verbände bereits erste Schritte in diese Richtung ergreifen, zum Beispiel auf Ebene der Ortsvereine. Diese Arbeit wollen wir als Jusos Sachsen unterstützen und deren Expertise auf dem Strategiekongress nutzen. Unsere Schlüsse wollen wir auch auf Bundesebene einbringen.

Verbandsarbeit

Der Juso-Landesvorstand ist das demokratisch gewählte Gremium der Jusos Sachsen

und durch das Votum der Delegierten auf der LDK berechtigt, politische und organisatorische Entscheidungen im Sinne des Verbandes zu treffen. Die Arbeit des Landesvorstands ist von gegenseitiger Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten und Ressourcen der Landesvorstandsmitglieder geprägt.

Um eine zielführende, vorbildliche und transparente Arbeitsweise weiter zu gewährleisten, möchten wir:

- auf einer vorstandsinternen Klausur ein vertrauensbildendes Umfeld für die weitere Arbeit schaffen.

- die Landesvorstandssitzungen mitgliederöffentlich halten.

- den regelmäßigen Austausch mit den Unterbezirksvorständen, den Landeskoordinationen von JHGn und JSAG und der Anti-Diskriminierungs-Kommission suchen.

- den Landesausschuss über die Arbeit des Landesvorstandes informieren und als beratendes Gremium mit einbeziehen.

Wir wollen, dass die Jusos Sachsen weiter den Weg in die breite Öffentlichkeit finden. Dafür setzen wir Folgendes um:

- Wir verbessern unsere Social-Media- und Pressearbeit (Redaktionsplan, modernes Design, Etablierung neuer Formate und Bewerben von Beiträgen in regelmäßigen Abständen).

- Für die Social-Media-Arbeit wollen wir ein festes Team gründen. Unser Ziel ist es, langfristig neue und bessere Fähigkeiten aufzubauen. Wir fragen aktiv nach vorhandener Expertise im Social-Media-Bereich in unserem Verband und nehmen gerne diese Unterstützung an.

- Wir gestalten eine Neumitgliederkampagne, um Interessierte zu erreichen und unsere Positionen in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Dafür nutzen wir sowohl die sozialen Netzwerke, als auch den Austausch vor Ort. Schwerpunkte wollen wir vor allem in der Mitgliedergewinnung von Frauen und INTA-Personen setzen.

- Wir positionieren uns zu tagesaktuellen Themen mit Pressemitteilungen und arbeiten an geeigneten Stellen mit progressiven Partei-Jugenden zusammen.

- Insgesamt müssen wir durch eine kontinuierliche und verlässliche Social-Media- und Pressearbeit die Kampagnenfähigkeit der Jusos Sachsen verbessern.

Um die inhaltlichen Schwerpunkte umzusetzen, aber auch den Austausch innerhalb des Verbands noch stärker auszubauen, werden wir:

- regelmäßige Neu-Juso-Wochenenden in Präsenz fortführen.
- die Unterbezirke durch Grundlagenseminare unterstützen.
- Verbandswochenenden zur Vernetzung und zum Herausarbeiten politischer Positionen anbieten.

In Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden setzen wir die Digitalisierung der Juso-Arbeit fort.

- Wir vermeiden, wo möglich proprietäre Software und etablieren eigene OpenSource-Tools, um die Abhängigkeit von kapitalistischen Großkonzernen im Verband zu verringern.
- Wir qualifizieren uns und unsere Mitglieder in der Nutzung von freien Alternativen und beschäftigen uns mit den Vorteilen dieser.

Mit unseren Vertreter:innen auf Bundesebene der Jusos treten wir aktiv in den Austausch, um stets landesweite Informationen auszutauschen und Positionen mitgeben zu können.

- Wir gestalten so aktiv die Bundesprojekte mit, bilden passgenaue Arbeitsgruppen auf Landesebene, die den Delegierten und Expert:innen aus Sachsen zuarbeiten können.
- Die Delegation für den Bundeskongress sucht aktiv den Austausch mit dem gesamten Landesverband, um diesen bei Entscheidungen, Änderungsanträgen und Priorisierungen mit einzubeziehen.

Awareness

Die Anti-Diskriminierungs-Kommission ist derzeit unsere Anlaufstelle für Diskriminierungsfälle und ein Gremium, das für Awareness in unserem Verband

sorgen soll.

Herausforderungen haben gezeigt, dass diese Strukturen nicht ausreichen und durch ständige und unabhängige Strukturen ergänzt werden müssen.

Um diesen Strukturprozess einzuleiten:

- setzen wir uns mit Expert:innen zusammen und erarbeiten ein konkretes Konzept zum Ausbau unserer Awareness-Strukturen.

- erarbeiten wir konkrete Richtlinien, die im Akutfall handlungsleitend sind.

- treten wir mit der Landespartei in den Austausch darüber, wie wir sowohl auf Verbands- als auch Parteiebene Sensibilität für diese Problematik erhöhen und Lösungen finden können.

- setzen wir uns dafür ein, Strukturen in der Partei und im Verband weiter auszubauen und zu professionalisieren. Es braucht feste und externe Ansprechpersonen, die sich mit Vorfällen beschäftigen und diese aufarbeiten.

Jusos in den Parlamenten

Auf allen Ebenen übernehmen Jusos als Mandatsträger:innen Verantwortung. Wir sind stolz darauf, Jusos aus unserem Verband sowohl in den kommunalen Parlamenten, im Landtag und im Bundestag zu haben. Für uns ist klar, dass nicht alle jungen Mandatsträger:innen automatisch Jusos sind. Ihre Arbeit in Parlamenten ist für uns kein Selbstzweck. Sie sind die Möglichkeit, unsere Positionen und Werte in die Institutionen zu tragen. Deswegen ist ein intensiver Austausch mit ihnen zwingend notwendig. Wir wollen sie unterstützen, aber auch unsere Erwartungen an sie klar formulieren.

Wir wollen darüber diskutieren, wie Juso-Abgeordnete in Zukunft eine noch engere Bindung zum Verband haben können – inhaltlich sowie strukturell.

Dafür werden wir:

- in Zusammenarbeit mit den Jusos auf kommunaler Ebene Termine vor Ort durchführen und mit Vereinen und Inititiativen über kommunalpolitische Belange in den Austausch treten.

- feste Austausch- und Diskussionsräume mit den Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene einführen.

- gemeinsame Veranstaltungen etablieren.

Wahlkämpfe - Es gibt noch viel zu tun!

Die letzten Monate waren für uns alle Kraft raubend. Wir haben bis zur letzten Minute für ein starkes Ergebnis unserer Partei, aber auch den linken Kräften insgesamt bei dieser Landtagswahl gekämpft. Wir waren als Landesvorstand im ganzen Land unterwegs und haben die Kandidaturen, insbesondere die unserer Jusos unterstützt. Wir haben gezeigt: Ein Wahlkampf der SPD funktioniert nicht ohne unseren Einsatz!

Wir müssen jedoch auch nach vorn schauen. Nicht einmal ein Jahr entfernt liegt die Bundestagswahl vor uns. Wir kritisieren regelmäßig bundespolitische Entwicklungen insbesondere bei Themen wie der Migration und Verteilungsfragen, auch in unserer eigenen Partei. Dennoch werden wir im nächsten Jahr mit der SPD dafür kämpfen, eine konservative und rechte Hegemonie in diesem Land zu verhindern.

Wir werden:

- in den nächsten Monaten eine Prozess starten, der in eine sächsische Juso-Kampagne zur Bundestagswahl münden soll.

- uns aktiv in den Programmprozess des Juso-Bundesverbandes einbringen.

- eine Aktionsreihe in allen Unterbezirken starten, die uns schon vor der Bundestagswahl Sichtbarkeit verschafft und kampagnenfähig werden lässt.

F1NEU

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Wenn nicht jetzt, wann dann? Unser jungsozialistisches Feminismusverständnis**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Antragstext

In den letzten Jahren hat sich die gesellschaftliche Debatte um Geschlecht, Sexualität und Gleichstellung immer weiter ausdifferenziert und komplexe Zusammenhänge aufgezeigt. Immer mehr Menschen erkennen die Notwendigkeit von Inklusion und Gleichberechtigung an und fordern eine konsequente Bekämpfung von Diskriminierung in all ihren Formen. Das Einbeziehen der Überlagerung verschiedener Diskriminierungsformen hat sich dabei als wichtiges und notwendiges Werkzeug im Feminismus etabliert. Die Dekonstruktion von Geschlecht darf aber nicht dazu führen, dass die ökonomischen und sozialen Realitäten, die Frauen, andere weiblich gelesene und queere Menschen unterschiedlich betreffen, ausgeblendet werden. Auch dürfen queerfeministische Anliegen nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen in eine umfassende Gesellschaftskritik eingebettet sein, die die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Erfahrungen von Frauen und queeren Personen anerkennt.

Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung von Diskriminierung sind zentrale Anliegen der Jusos. Als Jungsozialist*innen setzen wir uns mit Nachdruck für unsere Kernforderung einer inklusiven, gerechten und solidarischen Gesellschaft ein. Dies ist in unseren Augen nur durch eine konsequent intersektionale Perspektive in unserer Gesellschaft erreichbar. Feminismus darf kein alleiniger Kampf für das weiße cis-hetero-weibliche Geschlecht sein, sondern muss sich für Alle einsetzen, die tagtäglich unter den patriarchalen Diskriminierungen und weißen Machtstrukturen leiden müssen. Aus diesem Grund wollen wir als Jusos mit

einem neuen feministischen Konzept vorangehen, welches die Vorteile einzelner bereits bestehender Feminismuskonzepte miteinander verbindet, um den Kampf gegen patriarchale Strukturen und Kapitalismus zu stärken. Dabei fordern wir eine umfassende Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse, in der Geschlechtergerechtigkeit nur in Verbindung mit einer Überwindung kapitalistischer Ausbeutungsstrukturen erreicht werden kann. Für uns gilt: Kein Feminismus ohne Sozialismus – und kein Sozialismus ohne Feminismus.

Intersektionalität

Als Jusos verstehen wir Intersektionalität als einen wichtigen Grundsatz, um die Komplexität von Diskriminierung und Unterdrückung zu erfassen und gegen diese vorzugehen. Intersektionalität bezieht sich auf die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Formen von Diskriminierung, wie Geschlecht, race, ethnischer Zuschreibung, sozioökonomischem Status, Sexualität, Behinderung sowie Beeinträchtigungen und anderen sozialen Merkmalen.

Wir müssen die spezifischen Erfahrungen marginalisierter Gruppen sichtbar machen und es ermöglichen, unterschiedliche Formen von Dirskriminierung zu benennen, wobei stets eine gesellschaftliche Strukturanalyse erfolgen muss. Dabei müssen wir stets die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den Blick nehmen und die zugrundeliegenden Machtverhältnisse hinterfragen. Intersektionalität bedeutet für uns also nicht, alle durch das Patriarchat marginalisierte Gruppen undifferenziert zu betrachten, sondern die einzelnen Diskriminierungsformen anzuerkennen. Nur durch eine Zusammenarbeit der Diskriminierten können wir einen gemeinschaftlichen Kampf gegen Patriarchat und Kapitalismus umsetzen.

Die Vielfalt der Lebensweisen und Identitäten in unserer Gesellschaft muss nicht nur toleriert, sondern auch akzeptiert und vor allem wertgeschätzt werden. Wir wollen sicherstellen, dass jede Person in ihrer individuellen Entfaltung unterstützt wird und dass Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv bekämpft werden. Hierbei ist uns bewusst, dass es immer noch viele Baustellen gibt, insbesondere in Bezug auf die Anerkennung von trans, agender, inter und nichtbinärer Personen, sowie von queeren Menschen aus der BIPoC-Community (Black, Indigenous, People of Colour) und FINTA* (Frauen, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen, sowie weitere nicht cis-männlich positionierte Personengruppen) mit Behinderung, auch weil diese Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind.

Materialismus

Unsere feministische Analyse fußt auf einer sozialistischen, materialistischen Kritik, die die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als zentrale Ursachen

für die Unterdrückung von Frauen und queeren Menschen erkennt. Kapitalismus und Patriarchat sind eng miteinander verwoben, und erst durch die Aufrechterhaltung geschlechtlicher Ungleichheiten kann die kapitalistische Ausbeutung weiterhin stabilisiert werden. Besonders die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Reproduktionsarbeit veranschaulicht dies.: Frauen und andere weiblich gelesene Menschen leisten nach wie vor den Großteil der Care-Arbeit, oft unsichtbar und unbezahlt. Diese systematische Abwertung von weiblich konnotierter Arbeit ist eine zentrale Säule des patriarchalen Kapitalismus.

Die patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft, die mehrheitlich noch in binären Strukturen denkt,liest die Hälfte aller Menschen als weiblich. Diese gesellschaftlich weiblich gelesenen Menschen werden aufgrund ihres Aussehen, Reden und Agieren gewertet sowie in allen gesellschaftlichen Kontexten unterdrückt und ausgegrenzt und damit sozioökonomisch diskriminiert. Zu dieser Analyse gehört für uns auch dazu, dass von dieser materialistischen Diskriminierung nicht nur cis-Frauen betroffen sind, sondern verstärkt auch Menschen, die eben nicht den gesellschaftlich binären Kategorien zugehören. Während wir jedes Denken in binären Strukturen ablehnen und für die Aufhebung aller sozialen Geschlechterdifferenzen kämpfen, erkennen wir die bestehenden materiellen Verhältnisse und bekämpfen sie nach unserem intersektionalen Verständnis in gleichem Maße.

Wir lehnen eine Form der Identitätspolitik ab, die sich allein auf individuelle oder gruppenbezogene Betroffenheit stützt, ohne die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu hinterfragen. Ebenso kritisch sehen wir eine neoliberale Interpretation der Intersektionalität, die Klassismus und rassistische Strukturen lediglich als Diskriminierungsformen betrachtet, ohne das kapitalistische System als Ganzes in Frage zu stellen. Eine sozialistische Identitätspolitik muss sich immer auch an den materiellen Verhältnissen orientieren und das Ziel verfolgen, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu überwinden.

Vermittlung zwischen feministischen und queeren Kämpfen

Feministische und queere Kämpfe überschneiden sich oft, aber sie können auch in Widerspruch zueinander stehen. Unser Anspruch ist es, feministische und queere Anliegen miteinander zu verbinden, Differenzen zu benennen und solidarische Lösungen zu erarbeiten.Wir verstehen Feminismus als eine Perspektive, die Geschlechterverhältnisse als Teil gesellschaftlicher Machtstrukturen betrachtet und die Überwindung von Diskriminierung und Ungleichheit in all ihren Formen fordert. Feminismus ist dabei ein Kampf für alle Menschen, die unter patriarchalen Machtstrukturen und Kapitalismus leiden.

Für uns ist dabei klar, dass Feminismus nicht zur Diskriminierung marginalisierter Gruppen beitragen darf. Wir positionieren uns klar gegen Personen, die queeren Menschen ihre Identität absprechen und somit Diskriminierung und Ausgrenzung weiterhin fördern. Die Positionen, die sie vertreten, haben in unserem feministischen Grundgedanken und in unserem Verband keinen Platz und werden von uns nicht toleriert.

Dabei erkennen wir auch an, dass ein Feminismusverständnis nicht als eine feste Theorie oder ein dogmatisches Konzept betrachtet werden kann. Vielmehr sehen wir Feminismus als eine fortlaufende Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Machtstrukturen und ihren Auswirkungen. Feminismus ist für uns deswegen untrennbar mit anderen Kämpfen verbunden, wie dem Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und Kapitalismus. Denn die Diskriminierungserfahrungen von Menschen sind oft miteinander verknüpft und müssen daher gemeinsam bekämpft werden. Wir sind uns bewusst, dass wir in dieser Auseinandersetzung immer wieder dazu lernen und uns weiterentwickeln müssen.

Feminismus bei den Jusos

Dies bedeutet auch, dass wir uns intern verändern müssen. Wir müssen uns mit Diskriminierung und Machtstrukturen innerhalb unserer eigenen Organisation auseinandersetzen und konsequent an ihrer Überwindung arbeiten. Wir wollen in unserer politischen Arbeit Empowerment fördern und Diskriminierungen entgegenwirken.

Deshalb fordern wir auf allen Ebenen der Jusos:

Weiterbildung

Die Jusos fördern die Fortbildung der Mitglieder zu unserem Feminismusverständnis. Denn nur durch eine fundierte Wissensbasis können wir eine wirklich inklusive, gerechte und solidarische Politik erreichen. Wir setzen uns daher dafür ein, regelmäßig Workshops, Schulungen und Seminare zu den Themen Feminismus, Materialismus und Intersektionalität anzubieten und diese in unserer politischen Arbeit zu verankern. Durch die Sensibilisierung und Aufklärung unserer Mitglieder wollen wir sicherstellen, dass Diskriminierung und Ungleichheit in all ihren Formen erkannt, als solche benannt und aktiv bekämpft wird. Diese Workshop-Konzepte müssen dabei so gestaltet werden, dass sie für alle zugänglich sind.

Empowerment

Die Jusos setzen sich aktiv dafür ein, Empowerment, Partizipation und Diversität in ihrer politischen Arbeit zu fördern. Wir sind der Überzeugung, dass nur durch eine breite Beteiligung verschiedener Stimmen und Perspektiven eine inklusive und gerechte Politik möglich ist. Deshalb fordern wir nicht nur eine Förderung dieser Werte, sondern setzen uns auch aktiv dafür ein, dass sie in unserer politischen Arbeit umgesetzt werden.

Konkret bedeutet dies, dass wir in unseren Gremien und Veranstaltungen darauf achten, dass Menschen verschiedener Hintergründe und Identitäten vertreten sind und sich gleichermaßen einbringen können. Marginalisierte Personen sollen dabei in ihrer Autonomie, Stärkung von Eigenmacht und Selbstbefähigung besonders unterstützt werden. Wir wollen Räume schaffen, in denen sich alle gehört, wertgeschätzt und vor allem sicher fühlen. Dazu gehört auch eine Sensibilisierung für diskriminierender Strukturen und eine konsequente Bekämpfung dieser.
Als Jusos sind wir uns bewusst, dass wir uns ständig weiterentwickeln müssen, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Deshalb setzen wir uns für eine kontinuierliche Fortbildung unserer Mitglieder auf allen Ebenen ein, um ein besseres Verständnis für Empowerment, Partizipation und Diversität zu erreichen.

Nur durch das aktive Empowerment von marginalisierten Gruppen können wir ihren Zielen Gehör verschaffen und gemeinsam mit ihnen dafür kämpfen. Beim Kampf gegen Diskriminierung muss es immer unser Eigenanspruch sein, an der Seite derer zu stehen, die unter diesen Diskriminierungen leiden und nicht von oben herab Politik für sie umsetzen zu wollen.

Für uns geht es nicht um individuelle Selbstoptimierung oder bloße Repräsentation, sondern um die Veränderung struktureller Machtverhältnisse. Unser Empowerment stärkt nicht nur Einzelpersonen, sondern richtet sich auf kollektive Befähigung, indem es die materiellen Grundlagen von Ungleichheit in den Blick nimmt und wirtschaftliche sowie soziale Hindernisse bekämpft. Dabei streben wir nicht lediglich eine Integration marginalisierter Gruppen in bestehende Strukturen an, sondern wollen diese Strukturen grundlegend verändern. Solidarität, nicht Individualismus, bildet die Grundlage unseres Empowerments, das immer auf kollektive Emanzipation abzielt. Unser Ziel ist es, nicht die Anpassung an neoliberale Mechanismen zu fördern, sondern den Weg für eine radikale, gesellschaftliche Transformation zu ebnen.

Interne Strukturen auf Diskriminierung prüfen

Eine regelmäßige Überprüfung der internen Strukturen und Prozesse auf Diskriminierungen und notwendigen Antidiskriminierungsmaßnahmen sind für uns als Jusos von zentraler Bedeutung. Wir wollen sicherstellen, dass unsere

Organisation nicht nur theoretisch inklusiv und divers ist, sondern Diskriminierung aktiv bekämpft wird, sodass beides auch praktisch erlebt und gelebt werden kann. Dies erfordert, dass wir uns kontinuierlich mit unseren eigenen Strukturen und Prozessen auseinandersetzen und diese auf mögliche diskriminierende Elemente untersuchen. Dieser kontinuierliche Prozess der Reflexion und Verbesserung ist für uns als Jusos von großer Bedeutung, um eine inklusive und diskriminierungsarme politische Arbeit zu gewährleisten. Unsere Aufgabe als Verband ist es dabei diese Selbstreflexion durch regelmäßige Fortbildungen und Awarenessworkshops voranzubringen und unsere Mitglieder zu Sensibilisieren. Die Aufgabe der Selbstreflexion und der Bildung dirkriminierungsarmer Räume darf dabei nicht (nur) auf den Schultern der Betroffenen lasten, sondern muss unser aller Anspruch sein.

Umgang mit diskriminierendem Verhalten

Unser Anspruch als Jusos ist es, für all unsere Mitglieder einen Safer Space darzustellen. Dies geht nicht, ohne klare Kante gegen solche Personen zu zeigen, die sich diskriminierend äußern oder verhalten. Dabei ist es egal, ob dieses Verhalten sich innerhalb oder außerhalb unserer Veranstaltungen ereignet. Die Anwesenheit von Menschen, die diskriminierendes Verhalten aufzeigen, gefährdet den Safer Space der Jusos und hält Menschen aus Angst vor Diskriminierung davon ab, unsere Veranstaltungen zu besuchen und politisch mitzuwirken.

Dafür brauchen wir einerseits starke Awareness-Teams, Präsidien und Moderationen auf allen Veranstaltungen, die schnell und bestimmt, im Ermessen von Betroffenen, auf diskriminierendes Verhalten reagieren und diesem keine Plattform auf unseren Veranstaltungen geben. So dürfen die vorher genannten jederzeit einen Redebeitrag unterbrechen, wenn es zu diskriminierenden Verhalten kommt und sollen sich aus ihrer für die Veranstaltung wichtigen Rolle klar gegen dieses Positionieren.

Im Falle von diskriminierendem Verhalten werden wir dieses Verhalten nicht tolerieren und angemessene Maßnahmen ergreifen. Wir erwarten von Personen, die vom Awareness-Team oder den Awarenessbeauftragten festgestelltes diskriminierendes Verhalten gezeigt haben, dass sie dieses Verhalten moderiert aufarbeiten und reflektieren. Dies kann durch verbands- und parteiinterne Workshops oder Angebote unserer Partnerorganisationen passieren. Der Prozess wird durch Awareness-Beauftragte begleitet. Ohne eine erfolgte Aufarbeitung und Reflektion sind diese Personen nicht auf unseren Veranstaltungen willkommen. Wir erwarten von wählenden Gliederungen, dass sie keine Personen in Vorstände und Delegationen wählen, die durch entsprechendes Verhalten aufgefallen sind und dieses nicht aufarbeiten. Es ist die Aufgabe von gewählten Vorständen, sich der Bedeutung von Awarenessarbeit bewusst zu sein und Awareness-Teams und -

kommissionen nach Kräften zu unterstützen.

Feminismus bei der SPD

Die Jusos setzen sich innerhalb der SPD dafür ein, dass diese sich auf allen Ebenen zu unserem Feminismusverständnis bekennt und dieses nicht nur theoretisch, sondern auch in der praktischen Umsetzung gelebt wird. Dazu gehört, dass innerhalb der Partei ein Bewusstsein für Diskriminierungserfahrungen von Frauen, inter, nichtbinären und trans Personen sowie für die Bedeutung von Materialismus und Intersektionalität geschaffen wird. Zudem fordern die Jusos, dass die SPD sich klar gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts positioniert und gegen diskriminierendes Verhalten konsequent vorgeht. Auch die SPD soll dabei die Weiterbildung zum Thema Feminismus, Instersektionalität und Materialismus in ihren eigenen Strukturen stärken und die Sensibilisierung ihrer Mitglieder voranbringen. Die Teilnahme an solchen Veranstaltungen muss auch innerhalb der SPD eine Konsequenz für diskriminierendes Verhalten sein.

Wir Jusos wollen innerhalb der SPD eine Politik gestalten, die sich auf eine umfassende feministisch-sozialistische Gesellschaftsanalyse stützt, die sowohl materielle als auch intersektionale Ansätze miteinander verbindet. Es ist uns wichtig, dass die verschiedenen Formen von Unterdrückung – wie Sexismus oder Rassismus – nicht isoliert betrachtet werden, sondern in ihren Wechselwirkungen. Gleichzeitig muss der Fokus auf den materiellen Grundlagen der Ausbeutung liegen, um die strukturellen Ursachen von Ungleichheit effektiv bekämpfen zu können. So schaffen wir eine feministische Politik, die die sozialen und ökonomischen Bedingungen aller marginalisierten Gruppen berücksichtigt und konsequent Veränderungen anstrebt.

Zudem wollen wir als Jusos aktiv mit Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen zusammenarbeiten, die sich bereits für die Ziele und Interessen von marginalisierten Gruppe einsetzen. In und mit diesen Gruppen werden wir uns für unser Konzept des Feminismus stark machen und uns für eine stärkere Repräsentation von marginalisierten Gruppen innerhalb der Partei einsetzen. Ziel ist es dabei, eine vielfältige und inklusive Parteikultur geschaffen werden, in der sich alle Mitglieder sicher und respektiert fühlen und sich aktiv einbringen können.

Wir fordern alle Jusos auf, sich für diese Forderungen einzusetzen und diesen als Grundlage für unsere politische Arbeit zu nutzen. Als Jusos Sachsen setzen wir uns dafür ein, dass auch im Bundesverband ein gemeinsames Verständnis von Feminismus erarbeitet wird. Dies könnte im Rahmen geeigneter Veranstaltungen geschehen, in denen beispielsweise durch Projekte und Workshops über

verschiedene Feminismusströmungen informiert wird. Die erarbeiteten Definitionen und Ergebnisse sollen anschließend durch gezielte Anträge und Initiativen in die Verbandsarbeit des Bundesverbandes eingebracht und diskutiert werden. Nur wer Alle mitdenkt und aufhört diskriminierte Gruppen gegeneinander auszuspielen, wird es schaffen, Machtstrukturen abzubauen und eine gerechtere Welt zu schaffen, in der Alle gleiche Chancen und die Möglichkeit auf Teilhabe besitzen.

U3

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Wohnungspolitik statt Wohnungsmarktpolitik**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD Sachsen weiterleiten:

Antragstext

In der kapitalistischen Gesellschaft ist Wohnen zur Ware geworden. Anstatt als grundlegendes Menschenrecht behandelt zu werden, unterliegt Wohnen den Zwängen der Verwertungslogik. Das führt vor allem in Großstädten zu einer dramatischen Verteuerung der Mieten. Diese Entwicklung ist auch in den sächsischen Großstädten, insbesondere Leipzig und Dresden, deutlich zu spüren.

Leipzig, als Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote in Europa, verzeichnete in den letzten Jahren eine massive Preissteigerung bei den Angebotsmieten, also bei Neuvermietungen. Dresden steht vor ähnlichen Herausforderungen. Diese Städte sind geprägt vom Zuzug vieler Menschen, insbesondere Studierender, die häufig lange nach bezahlbarem Wohnraum suchen müssen. Das bisherige Überangebot an Wohnungen, das die Preise lange Zeit in Schach hielt, ist verschwunden, und die Mieten steigen scheinbar unaufhaltsam weiter.

In Städten wie Berlin, München oder Stuttgart führten ähnliche Entwicklungen zu sozialen Verwerfungen, die sich in Gentrifizierung und Verdrängung ausdrücken. Auch das beobachten wir in Städten in Sachsen.

Zusätzlich sorgt ein angespannter Wohnungsmarkt für mehr Menschen, die in die Wohnungslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit fallen. Gerade Familien in prekären Verhältnissen und Jugendliche, die ohnehin schon prekär leben und ggf. aus ihrem

Elternhaus ausziehen sind besonders davon betroffen. Um eine ähnliche Entwicklung hier zu stoppen, müssen wir uns von der marktgesteuerten Wohnungsmarktpolitik abwenden und eine Politik verfolgen, die das Menschenrecht auf Wohnen in den Mittelpunkt stellt.

Ein Blick nach Wien zeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Das Rote Wien (Zeit von 1919 bis 1934 als die Sozialdemokratie mit absoluter Mehrheit regierte) zeigt, dass das konsequente Investieren in kommunalen Wohnraum auch 100 Jahre später noch effektiv ist. Die Stadt Wien beweist durch ihre kommunale Wohnungsverwaltung „Wiener Wohnen“, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gewährleistet werden kann. Infolge dieser Politik zählt Wien zu den lebenswertesten Städten der Welt.

Außerdem wollen wir eine Wohnungspolitik die die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund rückt. Unser Ziel ist, dass jede*r die Möglichkeit habt, dort zu wohnen, wo es am besten zum eigenen Leben passt. Und das entscheiden die Menschen am besten selbst. Der Zugang zu Infrastruktur muss überall gesichert sein.

Der Explosion der Mietpreise wollen wir eine radikale, linke Wohnungspolitik entgegenstellen, bevor es zu spät ist. Wir blicken in viele andere Städte, wo ähnliche Antworten auf ähnliche Probleme gefunden werden wollen. In Berlin setzte sich 2021 der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ zwar durch, wurde aber von der SPD in Regierungsverantwortung vollständig ignoriert. Wir sind deshalb umso entschlossener, die Preisentwicklung in unseren Großstädten aufzuhalten.

Forderungen:

1. Einführung einer kommunalen Wohnungsverwaltung nach Wiener Vorbild in allen sächsischen Städten ab 100.000 Einwohner*innen:

- Der Freistaat Sachsen soll Städte ab 100.000 Einwohner*innen verpflichten, eine kommunale Dienststelle ähnlich der „Wiener Wohnen“ einzurichten. Diese Institution soll dafür sorgen, dass alle Bürger*innen Zugang zu kostengünstigem Wohnraum haben, unabhängig von ihrem Einkommen. Diese Dienststellen dienen gleichzeitig auch als Anlaufstelle für Menschen, denen ein Wohnungsverlust droht.

2. Rückführung von 50 % der Wohnungen in Städten ab 50.000 Einwohner*innen bis 2035 in kommunale Hand:

- Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, soll bis 2035 mindestens die Hälfte des Wohnungsbestandes in Städten ab 50.000 Einwohner*innen in kommunales Eigentum überführt werden. Dies kann durch den Erwerb, die Rückabwicklung von Privatisierungen oder Enteignungen von leerstehenden oder spekulativ gehaltenen Immobilien erfolgen. Hierfür muss der Freistaat die Kommunen entsprechend großzügig finanziell unterstützen.

3. Zerschlagung von rechtsradikalen Immobilienbesitzer*innen

- Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Rekommunalisierung von Immobilien liegen, die sich in rechtsradikalen Netzwerken befinden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass sich keine faschistischen Netzwerke in unseren Kommunen niederlassen und zu starken Einfluss auf diese gelanden, wie es bspw. in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist.

4. Förderung von Neubau und Sanierung unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards:

- Der Freistaat Sachsen soll Förderprogramme auflegen, die den sozialen Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsgebäuden nach ökologischen Standards unterstützen. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl die Energieeffizienz als auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen im Fokus stehen. Die kommunalen Wohnungsverwaltungen sollen hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

5. Milieuschutz gewährleisten:

- Der Freistaat Sachsen soll die Zusammensetzung der gebietsansässigen Wohnbevölkerung schützen, indem höhere Hürden für Vermieter:innen gesetzt werden, die aufgrund von Sanierung, Anbau von Balkonen oder Grundrissänderungen des Wohngrundstückes den Mietpreis erhöhen wollen.

6. Stärkung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft:

- Sachsen muss die Gründung und den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und ähnlichen gemeinwohlorientierten Institutionen aktiv unterstützen. Dafür sollen u.a. steuerliche Erleichterungen und direkte finanzielle Hilfen bereitgestellt werden. Ziel ist es, dass bis 2035 mindestens 30 % des gesamten Wohnungsbestandes in Sachsen genossenschaftlich oder gemeinnützig verwaltet werden. Zudem soll sich Sachsen auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer richtigen Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen.

7. Housing First durchsetzen

- Zu Wohnen als Grundrecht gehört auch die konsequente Bekämpfung von Obdachlosigkeit. 2022 waren über 262.000 Menschen in Deutschland wohnungslos. Dem muss entgegengetreten werden, indem wohnungslose Menschen mittels der Dienststellen zur Vermittlung von Wohnungen eine Wohnung vermittelt bekommen.

8. Einbindung des Ordungsamtes

- Um zu gewährleisten, dass obdachlose Menschen die nötige Hilfe bekommen, soll das Ordnungsamt die nötige Hilfe leisten, dass obdachlose Menschen ein Termin für eine Wohnungsvermittlung bekommen. Aus diesen Gründen muss das Ordnungsamt darin geschult werden um einen respektvollen Umgang mit obdachlosen, sowie suchtkranken Menschen an den Tag zu bringen.

9. Strategische Bodenpolitik zur Sicherung kommunalen Eigentums:

- Es ist eine strategische Bodenpolitik notwendig, die darauf abzielt, städtische Grundstücke in kommunaler Hand zu halten oder dorthin zurückzuführen. Bauprojekte sollen erst genehmigt werden, wenn die betreffenden Grundstücke in kommunalem Besitz sind, um Spekulationen und überhöhte Bodenpreise zu verhindern. Vorbilder wie die strategische Bodenpolitik der Stadt Ulm sollen dabei als Leitfaden dienen.

Des Weiteren wollen wir mit Blick auf die Wohnungsnot vieler Menschen in Großstädten dem Wohnungsnotstand entgegentreten. Während die SPD im Bund ihr Wahlversprechen mit den 400.000 Neubauwohnungen nicht halten wird, wird die Notlage immer größer. In Dresden werden bis 2028 über 4.500 Neubauwohnungen pro Jahr benötigt. Dabei würde die Nutzung der knapp über 13.000 leerstehenden Wohnungen helfen, aber das Problem nicht lösen. Ähnlich sieht das Problem in Leipzig aus. Konsequenzen aus dem Mangel an Wohnraum sind unter anderem steigende Mietpreise und drohende Wohnungslosigkeit. Aus diesem Grund müssen wir neue Ansätze nutzen, um die Wohnungspolitik effizienter zu gestalten.

Forderungen:

1. Modulares Bauen in den Vordergrund rücken und fördern

- Modulares Bauen ist eine effiziente Möglichkeit, um Wohnungen zu gestalten, indem Bauelemente von Wohnungen in Fabriken hergestellt und

zusammen mit den anderen Elementen vor Ort zusammenmontiert werden. Dadurch können wir schnell der Wohnungsnot entgegentreten.

2. Aufstockung und Nachverdichtung von nicht bewohnten Wohnungen und Gebäuden. sowie Sanierung von unbewohnten Wohnungen

- Durch Aufstockung und Nachverdichtung schafft man neuen Wohnraum, indem man neuen Wohnraum erweitert. Da dies häufig mit der Sanierung von bspw. Altbauwohnungen einhergeht, kann man das mit der Sanierung und Reaktivierung von leerstehenden Wohnungen verbinden.

3. Lockerung des Denkmalschutzes

- Viele unbewohnte Gebäude können schlecht saniert werden, da es zu Problemen mit dem Denkmalschutz kommt. Um aber zu gewährleisten, dass der Wohnraum genutzt werden kann, muss der Denkmalschutz gelockert werden.

4. Förderung von Co-Housing Formen

- Co-Housing Modelle sorgen dafür, dass sich mehrere Familien Wohnungsinfrastruktur wie bspw. Küchen und Gemeinschaftsräume teilen. Diese Wohnungsform ist ressourceneffizient und bietet ggf. alleinstehenden und/oder älteren Personen ein soziales Umfeld im eigenen Zuhause.

5. Durchsetzung eines bundesweiten Mietendeckels.

- Mit dem gekippten Mietendeckel in Berlin ist klar. Ein Mietendeckel ist möglich, aber nur auf Bundesebene umsetzbar. Wir fordern die Durchsetzung eines Mietendeckels für ganz Deutschland, damit Wohnen für jede*n keine Frage des Geldes ist. Es dürfen keine Gewinne mit den Notlagen von Menschen gemacht werden. Darum fordern wir eine Wohnungspolitik statt einer Wohnungsmarktpolitik

Darüber hinaus wollen wir als Jusos gewährleisten, dass die eigene Wohnung mehr als ein Schlafplatz ist. Wir wollen eine gute Verkehrsverbindung gewährleisten, welche jeder*m eine Anbindung an Supermarkt, Gesundheitsversorgung und Behöre bietet, aber auch die Möglichkeit sich in ein soziales Gefüge zu integrieren.
Die Anbindung zu Freizeiteinrichtungen und Kultur ist ebenso zentral.

Forderungen:

1. ÖPNV-Netz in Städten ab 50.000 Einwohner bis 2035 stärken

- Ein engmaschiges ÖPNV-Netz nach dem Vorbild Zürichs, in allen sächsischen Städten ab 50.000 Städten, mit einer 10-Minuten-Taktung einer Linie in allen Stadtteilen, die in die Kernstadt führt.

2. Anbindung in jeder Gemeinde gewährleisten

- Umsetzung von flächendeckender Infraskruktur, sodass jede Gemeinde in Sachsen eine Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln hat, die im 30-Minuten-Takt eine Person bis zum nächsten Supermarkt, Krankenhaus und zur nächsten Apotheke und Schule befördern können.

4. Anbindung zwischen kleineren und größeren Städten ausbauen

- Direktverbindungen im 30-Minuten-Takt in jeder Stadt ab 10.000 Einwohner, welche eine Stadt mit mindestens 50.000 Einwohner*innen bedienen.

5. Digitalisierung der Infrastruktur

- Um die Machbarkeit zu gewährleisten, muss die nötige Technologie zur Digitalisierung sowie des autonomen Fahrens von bspw. Bussen evaluiert und wenn möglich implementiert werden.

Nur durch eine konsequente Abkehr von der Marktlogik hin zu einer sozial gerechten Wohnungspolitik kann das Menschenrecht auf Wohnen in Sachsen gesichert werden. Die Einführung kommunaler Wohnungsverwaltungen, die Rückführung von Wohnraum in öffentliche Hand sowie die Förderung gemeinnütziger und genossenschaftlicher Strukturen sind notwendige Schritte, um den aktuellen Entwicklungen in Sachsens Städten entgegenzuwirken.

Zusätzlich wollen wir ermöglichen, dass alle ihren Supermarkt sowie alle wichtigen Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen von ihrer Wohnung schnell und sicher erreichen können. Denn der Wohnort darf niemanden exkludieren und keine gesellschaftliche Benachteiligung zur Folge haben. Wir Jusos Sachsen fordern daher eine Landespolitik, die das Wohnen nicht dem Markt überlässt, sondern aktiv gestaltet und den Wohnraum als gemeinschaftliches Gut versteht.

W1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Genoss*innenschaften für alle!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen und an den Landesvorstand zur weiteren Bearbeitung überweisen:

Antragstext

Für uns als Jusos ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler Bestandteil unseres sozialistisches Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in der ein hoher Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist langfristig nicht funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung sorgt durch ihre inhärente Kapitalakkumulation für genau diese Machtkonzentration.

Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass der Besitz an Produktionsmittel nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen, sondern gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall auch Eigentümer*innen) der Betriebe liegen.

In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese sind aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die Mitbestimmungsrechte beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu Vertreter*innenversammlungen alle paar Jahre. Damit geht der besondere Charakter der Genoss*innenschaft gegenüber anderen Eigentumsmodellen wie der Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere Idealvorstellung der Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen Selbstverwaltung, in der sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen verstehen.

Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des Genoss*innenschaftsmodells, als auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-Genoss*innenschaften. Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der Menschen mit dem Willen zu einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der Genoss*innenschaft hingewiesen werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut nachfolge-gefährdet sind (z.B. kleine Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in basisdemokratische Hand.

I1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den Juso-Bundeskongress und den SPD-Bundesparteitag an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:

Antragstext

Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als Sultans-Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und der Gründung eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die Entdeckung der Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen. Durch ein Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen, dies sei der Name des Landes.

Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960 Hafenarbeitende für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen [1], denn das faschistische Portugal unter der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen als eigen an. 1962 gründete sich die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), welche früher eine Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in Mosambik ist, im Nachbarland Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste gestorben sind [1]. Die FRELIMO wurde dabei insbesondere durch die DDR und die Sowjetunion militärisch unterstützt. Am 25. April 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, wobei alle portugiesischen Kolonien, einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm FRELIMO entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat, welcher sozialistisch wurde.

Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben [2]. Dieser vereinbarte Staatsvertrag regelte die wirtschaftlichen und militärische Beziehungen untereinander.
Zentrale Rolle haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden gespielt. Durch die Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei der DDR gemacht wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten Vertragsarbeitenden in die DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen Regierung in eine produktive Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als Fachkräfte für die Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es nicht dazu. In der DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an Maschinen angelernt. Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum Jahresende 1985 als Lohnpflichttransferleistung [2] einbehalten wurden.
Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung für die mosambikanischen Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein. Allerdings wurden damit die Schulden getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist gestiegen, weil Mosambik aufgrund der Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine Steinkohle mehr für die DDR verkaufen konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als Schuldentilgung, indem sie diese billig aufkaufte und teurer auf dem internationalen Markt verkaufte, um daraus die Devisen zu erhalten.

Durch den Mauerfall mussten allerdings rund 16.000 Vertragsarbeitende aus Mosambik zurück, aufgrund des neuen Aufenthaltsgesetzes aus der Bundesrepublik Deutschland. Um einen Aufenthaltstitel hier zu erhalten, waren die Voraussetzungen, dass man mindestens acht Jahre in der DDR gelebt hat, einen festen Arbeitsvertrag besitzt und Kenntnisse der deutschen Sprache aufwies. Rund 1000 Mosambikaner*innen blieben in den neuen Bundesländern, da diese in den Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen einige ehemalige Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen geknüpft und Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde schnell klar, dass sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen entzogen und eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von der DDR und der mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese eine marginalisierte Gruppe im eigenen Land.

Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die Lohnzahlungen auszuzahlen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt. Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca. 200 Medicais, was heute nur etwa 2,87 € entspricht [3]. Demzufolge klar unter dem, was den Vertragsarbeitenden

zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte Entlohnung, um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die Magdeburger Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-Funktionär*innen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen [4]. Auch im letzten Jahr vertrat die SED-Opfer Beauftragte der Bundesregierung zusammen mit Adelino Messuvria [5] die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages [6].

Adelino Messuvria betonte, dass aufgrund der geringen Lebenserwartung in Mosambik viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind. Allerdings sollen diese Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt werden, da diese ebenfalls marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen Vertragsarbeitenden alle rund ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe sei, mit der jede*r ehemalige Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte [7] spricht sich für eine ähnliche Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

Deshalb fordern wir:

- Doppelt belogen und betrogen, **Mosambikaner*innen steht das Geld zu!** Die von der DDR-Staatsführung einbehaltene Lohnpflichttransferzahlungen müssen von der Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden. Die Höhe der Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten, dem „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes: Trabalhadores Moçambicanos contratados na RDA [8]), der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag vereinbart werden. Ideal nach der Forderung des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“ **sollen sich diese Zahlungen auf 10.000 € belaufen.** Für die Aufarbeitung sind bereits die jeweiligen SED-Opferbeauftragten der Länder [9] und Vereine/Organisationen [10] tätig. Deswegen schließen wir uns dieser Forderung an! Es ist auch wichtig sicherzustellen, dass das Geld auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommt und nicht in den Konten von Mosambikanischen Staatsbeamten landet (siehe 1990-1992) [10]

- Dass dieses Thema richtig aufgearbeitet wird, da aus der Sicht der ehemaligen Vertragsarbeitenden Deutschland aufgrund der fehlenden Aufarbeitung eine Teilschuld trägt.

Fußnoten:

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Mueda ? Visão História. Nr. 12. Lissabon Juni 2011, S. 36.

[2] https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2020/12/Transferordnung.pdf

[3] 2005 gab es eine Währungsreform aufgrund der hohen Inflation. Dabei wurden bspw. die 20000er Scheine zu 200ern. Damals entsprach ein 1 Medical somit 0,022 Euro. Umgerechnet wären dies in Euro zur damaligen Zeit: 4,40 €

[4] https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/konferenz/

[5] Adelino Messuvia ist einer der beiden Sprecher*innen des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“. Er selbst war einer der vielen vertragsarbeitenden Mosambikaner*innen in der DDR. Er lebt heute in Suhl.

[6] https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf

[7] https://www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte

[8] Portugiesischer Name des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“

[9] Nur in den ostdeutschen Bundesländern

[10] Beispiele sind hier die Evangelische Kirchen in Mitteldeutschland, Technikmuseum Magdeburg usw. https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-vertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d

G1

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Antragstext

Die hohen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen stellen für viele Menschen eine große finanzielle Belastung dar. Um Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, fordern wir, dass die gesetzlichen Krankenkassen Kosten für Zahnbehandlung und Brillen vollständig übernehmen.

Derzeit werden diese Leistungen von Krankenkassen nur teilweise oder gar nicht erstattet, was dazu führt, dass viele Menschen sich diese wichtigen medizinischen Hilfsmittel nicht leisten können. Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen oder einer chronischen Krankheit kann dies zu einer großen finanziellen Belastung führen.

Die Korrektur eines beeinträchtigten Sehvermögens ist für viele Menschen von entscheidender Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer sich das nicht leisten kann, ist aufgeschmissen beim Lesen von ÖPNV-Fahrplänen, Verfassen von Abschlussarbeiten, Bewerbungsschreiben und vielem anderen.

Auch der Ersatz oder die Korrektur und Rekonstruktion von Zähnen, Zahnfehlstellungen und Gebiss ist für viele Menschen ein zentrales Element, um selbstbewusst in sozialen Kontexten aufzutreten. Ist er nicht erschwinglich, ziehen sich Betroffene nicht zuletzt durch Scham zurück und fehlen mit ihren individuellen Talenten.

Deswegen ist vollständige Kostenübernahme nicht nur für die betroffenen Personen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen. Denn eine bessere Gesundheitsversorgung führt zu höherer Lebensqualität und Produktivität, was sich letztlich auch auf die Wirtschaft positiv und die Bereicherung der Gesellschaft als Ganzes.

Hierbei soll allerdings auf weiteren Bürokratieaufbau verzichtet werden. Da die Abrechnung bei Brillen oft nur über ein Rezept durch Augenärzte erfolgt, muss es den Augenoptiker:innen ermöglicht werden über sogenannte Berechtigungsscheine selbst abrechnen zu können. Dieser Mehraufwand der Augenoptiker:innen muss jedoch ebenfalls über die Krankenkassen übernommen werden.

Deshalb fordern wir den Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass die Krankenkassen die vollständigen Kosten für Zahnbehandlungen, Kontaktlinsen und Brillen (inklusive Brillengestell) übernehmen. Diese Leistungen sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Mitmenschen von entscheidender Bedeutung und sollten für alle zugänglich sein, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Stellung.

M1NEU

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: **Der Weg ist das Ziel – der Führerschein der Zukunft für alle**

Die LDK der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

Antragstext

Der Führerschein bedeutet für viele junge Menschen, vor allem im ländlichen Raum, eines – Freiheit. Diese Freiheit wird auf vielfältige Weise gestutzt.

Viele Jugendliche warten Monate, in extremen Fällen sogar Jahre auf einen freien Platz in der Fahrschule. Wenn jedoch keine regelmäßigen Fahrstunden stattfinden können, geht nahezu sämtlicher bisher erreichter Fortschritt wieder verloren und muss neu aufgearbeitet werden, was zudem finanziell kaum zu stemmen ist. Der Führerschein wird immer teurer, die Plätze immer seltener und die Durchfallquote schnellt exponentiell nach oben.

Der Führerschein bedeutet für viele junge Menschen eines – Freiheit. Diese Freiheit wird auf vielfältige Weise gestutzt.

Wir sind der festen Überzeugung: Fahrschule muss zukunftsfähig werden – bezahlbar, klimaneutral und für alle zugänglich.

Gerade für den ländlichen Raum ist es entscheidend, als junger Mensch so schnell wie möglich an einen Führerschein zu kommen – dies bedeutet Teilhabe an Kultur und dem gesellschaftlichen Leben sowie eine Unterstützung für die ganze Familie.

Viele Jugendliche warten Monate, in extremen Fällen sogar Jahre auf einen freien Platz in der Fahrschule. Wenn jedoch keine regelmäßigen Fahrstunden stattfinden können, geht nahezu sämtlicher bisher erreichter Fortschritt wieder verloren und muss neu aufgearbeitet werden, was zudem finanziell kaum zu stemmen ist. Der Führerschein wird immer teurer, die Plätze immer seltener und die Durchfallquote schnellt exponentiell nach oben.

Wir sind der festen Überzeugung: Fahrschule muss zukunftsfähig werden – bezahlbar, klimaneutral und für alle zugänglich.

Klimaneutral zum Führerschein

Der Individualverkehr wird auch in Zukunft eine Rolle spielen. Besonders im ländlichen Raum ist der völlige Verzicht auf Individualverkehr und die reine Nutzung des ÖPNV in ferner Zukunft. Aber auch für Konzepte des Car-Sharings benötigt es einen Führerschein. Handwerkunternehmen, Pflegedienste, Reinigungsfirmen und Weiteres sind auf Fachkräfte mit Führerschein angewiesen. Der Führerschein der Klasse B ist Voraussetzung für die weiterführenden Führerscheine: LKW, Bus. Fahrschulen werden daher auch nach dem Verbrenner-Aus für den Individualverkehr, Rettungsdienste und dem ÖPNV ausbilden.
Als erster Kontaktpunkt für junge Menschen als Fahrer:in müssen Fahrschulen Vorbild für Klimaneutralität sein.

Wir fordern daher:

- Fahrschulen müssen bei der Anschaffung von E-Autos finanziell unterstützt werden. Möglich wäre hier zum Beispiel der Erlass der Umsatzsteuer vom Kauf und Umbau von E-Autos, die als Fahrschulauto genutzt werden.

- Fahrschulen werden bei der Anschaffung von Ladesäulen und weiteren Möglichkeiten der Ladung finanziell unterstützt. Auch bei der Installation von Solaranlagen und anderen erneuerbaren Energien werden Fahrschulen finanziell unterstützt.

Führerschein bezahlbar machen

Der Führerschein ist für viele Menschen mittlerweile unbezahlbar. Einen Führerschein kann sich nur noch leisten, wer aus einem finanziell starken Haushalt kommt. Die Preise für den Führerschein benachteiligen Menschen aus finanziell schwachen Familien. Sie benachteiligen viele Menschen somit auch bei der Teilhabe an Kunst, Kultur, Politik und vielen anderen gesellschaftlichen Ereignissen.

Um die Preise für Führerscheine zu deckeln, fordern wir:

- eine Führerscheinpreisbremse im Sinne einer Mietpreisbremse

- komplett Übernahme der Kosten des Theorie Teils inklusive Lernematerialien

- Beschäftigte können von der Agentur für Arbeit zusammen mit dem/der Arbeitgeber:in im Rahmen der „Mitarbeiterqualifizierung“ während der Arbeitszeit qualifiziert werden. Z.B. kann der „LKW“- Führerschein erworben werden. Der Führerschein der Klasse B ist bisher nicht möglich. Wie oben genannt ist aber auch Dieser eine wichtige kostenintensive Qualifizierung für die Arbeitswelt. Als Abstufung zu den C- und D- Klassen, könnte für die B- Klasse gelten, dass sich die Förderung lediglich auf die Ausbildungskosten erstreckt.

Wir fordern die Erweiterung des Angebots wie oben beschrieben. Um Azubis bestmöglich zu unterstützen, soll dieses Angebot bereits nach der Unterzeichnung des Ausbildungsvertrages und damit vor Beginn der Ausbildung bestehen.

Neue Fahrschulen braucht das Land

Ein Grund für die steigenden Kosten und langen Wartezeiten ist der Rückgang von Fahrschulen und Fahrlehrer:innen.

Wir fordern daher:

- Ähnlich wie bei Volkshochschulen werden Kommunen bei der Gründung von Gesellschaften mit dem Ziel des Führerscheinerwerbs unterstützt. Eine Erweiterung des Angebotes der Volkshochschulen oder anderer kommunaler/staatlicher Bildungsträger ist ebenso möglich. Der Betrieb von Fahrübungsplätzen soll durch Kommunen ermöglicht und unterstützt werden.

- Unternehmensgründungen im Bereich der Fahrschulen müssen vorangetrieben und unterstützt werden. Der Freistaat muss hierfür bestehende Netzwerke und Beratungsangebote-, , sowie Gründungs- und Betriebsübernahmeförder ausbauen.
- Spezielle Gründungs- und Betriebsübernahmeförderungen, wenn ein/e Fahrlehrer:in sich im ländlichen Raum niederlässt.

Den Weg zur Fahrlehrer:in verbessern

Alle Forderungen können nur mit genügend Fahrlehrer:innen umgesetzt werden. Dafür braucht es mehr Fahrlehrer:innen. Die Kosten der Ausbildung sind mit

durchschnittlich 12.000€ sehr hoch.
Fahrlehrer stehen regelmäßig in der Kritik. Besonders junge Frauen leiden regelmäßig unter der Willkür von Fahrlehrern.

Um den Weg zur Fahrlehrer:in zu verbessern, fordern wir:

- die aktuellen Durchfallquote von 40 % muss die Ausbildung sowie die Prüfung neu evaluiert werden um bessere Erfolgschancen zu garantieren

- Bei der Ausbildung muss ein Teil zur Sensibilisierung der angehenden Fahrlehrer:innen eingebunden werden. Ziel ist es, dass das Fahrschulauto ein sicherer Ort für Schüler:in und Lehrer:in ist.

- Die Kosten der Fahrlehrer:innenausbildung müssen stärker durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter kofinanziert werden. Die Erlasse beim Aufstiegs BAföG müssen erhöht werden, das unterstützt nicht nur Fahrlehrer:innen.

- Die Förderung von Innenraumkameras um Fahrstunden sicher zu machen

Der Führerschein als Lebensretter

Ohne Führerscheine haben wir keinen funktionierenden Katastrophenschutz und Rettungswagen und Feuerwehren bleiben im Notfall aus. Der im Großteil ehrenamtlich organisierte Katastrophenschutz ist auf Führerscheine angewiesen. Die notwendigen Führerscheine werden größtenteils durch die Kommunen oder Träger des Katastrophenschutzes bezahlt. Im Ehrenamt wartet man jedoch sehr lang auf die notwendige Ausbildung – noch länger wartet man als Frau im Katastrophenschutz.

Wir fordern daher:

- Die komplette Finanzierung des notwendigen Führerscheins durch die Kommunen und Träger des Katastrophenschutzes. Die Kommunen müssen dafür mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden.

- Frauen im Ehrenamt sollen gezielt angesprochen werden, Ausbildungen zu nutzen. Eine verlängerte Wartezeit auf zwingend notwendige Fahrschulausbildung für Frauen ist sofort zu beenden.